

sorgnisserregend. Haseloff habe aber recht, wenn er von einer Herausforderung für die gesamte Gesellschaft spreche. Diese müsse sich gegen diejenigen stellen, die gegen Flüchtlinge hetzten. Es gelte, ein Klima zu schaffen, in dem die Täter keine Chance hätten.

#### WEITERE BRANDSTIFTER IM LAND

Wegen Brandstiftung in einem geplanten Asylbewerberheim in **Beelitz** (Potsdam-Mittelmark) muss sich **ein 30-Jähriger vor dem Potsdamer**

**Amtsgericht** verantworten. Der Angeklagte habe die Tat zum Prozessauftakt abgestritten, teilte Gerichtssprecher Wolfgang Peters mit. Laut Anklage soll der Beschuldigte aus Falkensee (Havelland) in der Neujahrsnacht 2013 in einem leer stehenden Gebäude der Beelitzer Heilstätten Feuer gelegt haben, um zu verhindern, dass dort Flüchtlinge untergebracht werden. Das Gebäude sollte ab Februar für die Unterkunft saniert werden. Knapp vier Monate nach dem **Brand-**

**anschlag auf Flüchtlingsunterkünfte im mittelfränkischen Vorrä** hat die Polizei noch immer keine Hinweise auf die Täter. Die Veröffentlichung eines Phantombilds habe zwar zu 17 neuen Hinweisen geführt, sagte eine Sprecherin. Eine heiße Spur sei jedoch nicht darunter gewesen. Unbekannte hatten in der Nacht zum 12. Dezember 2014 in dem 1700-Einwohner-Ort als Flüchtlingsunterkunft umgebaute Gebäude in Brand gesteckt. Sie sollten am Jahresanfang 2015 bezogen werden.

Westdeutsche Zeitung vom 08.04.2015, S. 4

## 36 000 geduldete Flüchtlinge in NRW

**KOSTEN** Angesichts der vielen Bewerber fordern die Kommunen mehr Geld.

**Düsseldorf.** Die hohe Zahl geduldeter Flüchtlinge stellt die Kommunen in Nordrhein-Westfalen vor wachsende Probleme. Laut Statistik des Bundesamts für Migration waren Ende Januar fast 36 000 Flüchtlinge in NRW geduldet. Ende September waren es rund 3000 weniger.

Wie NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD) in einer Antwort auf eine CDU-Anfrage mitteilte, handelt es sich um ausreisepflichtige Ausländer, deren Abschiebung vorübergehend ausgesetzt worden sei. Dies könne humanitäre oder auch persönliche Gründe haben – etwa fehlende Passpapiere, Gesundheitsprobleme oder mangelnde Kooperation der Herkunftsstaaten, die eine Rückführung zeitweise verhindern.

Die Kommunen hatten kürzlich Alarm geschlagen und davor gewarnt, sie mit den Kosten für geduldete Flüchtlinge allein zu lassen. Der Städte- und Gemeindebund NRW fordert dafür eine Landeshilfe von 500 Millionen Euro. Auch die CDU-Opposition

kritisierte, geduldete Flüchtlinge seien „ein großer finanzieller Kostenblock“, der in der Gesamtbetrachtung meist außen vor bleibe.

#### Kommunen klagen über chaotische Abschiebepaxis

Die rot-grüne Landesregierung sieht hingegen vor allem den Bund in der Pflicht. „Länder und Kommunen können die Folgen ungelöster internationaler und nationaler Konflikte sowie von wirtschaftlichen Disparitäten nicht bewältigen“, antwortete Jäger dem CDU-Abgeordneten André Kuper. „Deshalb wird sich die Landesregierung dafür einsetzen, dass sich der Bund stärker als bisher und strukturell an den Kosten für die Aufnahme und Unterbringung beteiligt.“

In einer weiteren Anfrage wies Kuper auf kommunale Klagen über eine „chaotische Abschiebepaxis“ hin. Demnach würden von der Zentralstelle für Flugabschiebungen in Bielefeld viel zu

wenige Flüge bereitgestellt, um Ausreisepflichtige in ihre Herkunftsländer zurückzubringen.

Jäger wies die Vorwürfe zurück. Für alle Buchungsanfragen der örtlichen Ausländerbehörden habe ein Flug angeboten werden können. Nicht selten werde aber sehr kurzfristig storniert. „Die Stornoquoten erreichen bei manchen Ausländerbehörden bis zu 75 Prozent.“ Deswegen würden Sammelcharterflieger „in erheblichem Maße überbucht“, um hohe Ausfallkosten zu vermeiden. Immerhin verursache ein Charterflieger innerhalb Europas bis zu 70 000 Euro an Kosten, berichtete Jäger. Die CDU kritisierte: „Viele Flüchtlinge verschwinden kurz vor der Abschiebung.“

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) veranstaltet am 15. April einen zweiten Flüchtlingsgipfel in der Düsseldorfer Staatskanzlei. In NRW werden sich in diesem Jahr voraussichtlich rund 60 000 Menschen um Asyl bewerben. *dpa*



Sieht beim Thema Flüchtlinge den Bund in der Pflicht: NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD). Foto: dpa